

„Zur Freiheit befreit“

30 Jahre Mauerfall

Vortrag bei der Festlichen Salztafel der Halloren in Halle am 7. November 2019

von Bischof Dr. Gerhard Feige

Wer macht Geschichte? Sind es die sogenannten Großen und Machthaber dieser Welt: die Kaiser und Könige, Politiker und Militärs, Konzernchefs und Banker, Oligarchen und Mafiabosse? Oder sind es die Unruhestifter: die Kritiker und Träumer, die Idealisten und Propheten, die Widerstandskämpfer und Revolutionäre? Oder sind es ganz einfach die breiten Volksmassen? Noch grundsätzlicher gefragt: Machen *wir* die Geschichte oder sind wir ihr nur hilflos ausgeliefert? Bestimmen vielleicht Gestirne unser Leben oder irgendeine Vorsehung, ein göttlicher Dramaturg, der uns als Marionetten tanzen lässt? Ergibt sich Geschichte aus berechenbaren und vielleicht sogar gesetzmäßigen Prozessen, oder ist sie eher das Ergebnis blinden Zufalls? Angesichts der dramatischen Ereignisse vor 30 Jahren stellen sich diese Fragen noch konkreter. Wer hat die friedliche Revolution von 1989 gemacht? Welche Kräfte brachten die Mauer zum Einsturz? War dies nur die logische Folge einer Entwicklung, oder kam alles völlig überraschend?

Sicher haben die politische Großwetterlage und der Niedergang sozialistischer Misswirtschaft eine Rolle gespielt. Sicher haben die mutigen Bürgerrechtler und friedlichen Demonstranten, die Botschaftsbesetzer und Flüchtlinge sowie die resignierenden oder einsichtigen Sicherheitskräfte entscheidend dazu beigetragen. Sicher wäre es bei uns wohl auch ohne die mit „Glasnost“ und „Perestroika“ umschriebenen Veränderungen in der Sowjetunion und die schon länger andauernden Befreiungsbewegungen in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn nicht dazu gekommen. Sicher ist die Entwicklung im Vorfeld auch durch Papst Johannes Paul II. mit beeinflusst worden, der aus seiner Kritik am Kommunismus kein Hehl machte und seinen polnischen Landsleuten geistig den Rücken stärkte. Sicher war 1989 inzwischen das Maß voll und die Zeit reif.

Und doch hatten die wenigsten mit einer solchen Wende gerechnet. Mir selbst hatten sich davor zwei Daten besonders „eingebrennt“: der 13. August 1961, an dem die

Mauer gebaut wurde, der sogenannte „antifaschistische Schutzwall“, der sich in Wirklichkeit gegen die eigene Bevölkerung richtete, und der 21. August 1968, an dem der „Prager Frühling“ durch die Truppen des Warschauer Paktes niedergewalzt wurde. Noch einige Wochen oder Tage vorher hatte ich mir nicht vorstellen können, dass die DDR bald wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Eher fürchtete ich, dass wieder einmal Panzer rollen, genauso wie gleichzeitig auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking. Als aber dann alles doch völlig anders kam, ging es mir wie vielen anderen: Es war unfassbar und überwältigend. Wir brauchten erst einige Zeit, um an das Wunder zu glauben. Dieser Herbst ist für mich als die intensivste Zeit meines Lebens in Erinnerung. Jeden Tag passierte etwas anderes. Niemals zuvor und danach habe ich soviel Radio gehört, Zeitung gelesen und ferngesehen. Wir hatten uns nach Freiheit gesehnt und wollten besser leben. Die einen wünschten sich einen menschlicheren Sozialismus und eine bessere DDR mit wirklicher Demokratie und Reisefreiheit. Andere hatten schon bald eine volle Wiedervereinigung Deutschlands im Blick.

Voller Staunen trugen manche in jenen Tagen den uralten Psalm 126 auf den Lippen, in dem es heißt: „... da waren wir alle wie Träumende. Da war unser Mund voll Lachen und unsere Zunge voll Jubel. Da sagte man unter den anderen Völkern: 'Der Herr hat an ihnen Großes getan.'“ Der Himmel schien die Erde berührt zu haben, und auf einmal klang das Magnifikat – der Lobgesang Mariens aus dem Lukasevangelium – so wirklich wie schon lange nicht mehr: „Er erbarmt sich ... über alle, die ihn fürchten. ... er zerstreut, die im Herzen voll Hochmut sind; er stürzt die Mächtigen vom Thron und erhöht die Niedrigen.“ Eine Ahnung tat sich auf, die vielen zur gläubigen Gewissheit wurde: Hier ist weder etwas Berechenbares noch rein Zufälliges geschehen. Hier sind auch nicht nur allein Menschen am Werk gewesen; hier hat Gott selbst ein Zeichen gesetzt und unser Tun mit seiner Hilfe begleitet.

Wie viele neue Möglichkeiten eröffneten sich doch auf einmal. Wie erhebend war es für Ostdeutsche, 1990 erstmals frei wählen zu können; die Beteiligung lag dabei übrigens bei 94 %. Welcher Stress musste aber auch bewältigt werden. Während sich für die meisten Westdeutschen nicht viel änderte, war man im Osten über lange Zeit fast nur damit beschäftigt, sich und sein Leben in fast allen Bereichen neu zu sortieren. Und noch heute scheint ein grundsätzlicher Unterschied darin zu bestehen, dass

Ostdeutsche Westdeutschland immer mitdenken müssen, für Westdeutsche umgekehrt das hingegen nicht nötig ist. Ohne Zweifel bekam das Leben aller eine andere Qualität. Aber nur ein Teil der Bevölkerung gehörte zu den Gewinnern, andere hatten herbe Verluste hinzunehmen. Manche Biographien zählten auf einmal nicht mehr. Es kam zu zahlreichen Verwerfungen und Brüchen. Viele – vor allem junge – Leute verließen aufgrund unzureichender Perspektiven unser Gebiet, und noch immer leidet Sachsen-Anhalt an den existentiellen und demographischen Folgen.

Die Kirchen wurden ähnlich wie in der alten Bundesrepublik auch im Osten zu einer öffentlich bedeutsamen Größe. Viele Christen übernahmen politische und gesellschaftliche Ämter und gestalteten den Demokratisierungsprozess mit. Hatten wir Katholiken zu DDR-Zeiten fast wie in einer – heute würde man sagen – „Parallelgesellschaft“ gelebt, galt es nun für uns, sich in den neuen Verhältnissen zurechtzufinden und kreativ einzubringen. Am Anfang stand bei manchen sogar die Erwartung, dass eine deutliche Rückbesinnung auf das Christentum einsetze und die Kirchen wieder voller würden. Stattdessen ist seitdem die Entkirchlichung jedoch weiter vorangeschritten und – so das Ergebnis einer internationalen Studie – der „Gottesglaube in Ostdeutschland der geringste weltweit“. Manche sprechen von einer „forcierten Säkularität“ oder von „ererbter Gottlosigkeit“, andere halten die meisten ehemaligen DDR-Bürger für „religiös unmusikalisch“, „religionsresistent“ oder „gottlos glücklich“. Schillernder wird es noch, wenn der Erfurter Philosoph Eberhard Tiefensee formuliert: Ostdeutschland sei „so areligiös wie Bayern katholisch“. Auf jeden Fall ist es in unserer Region „normal“, keiner Kirche oder anderen Religion anzugehören. Das gilt von etwa 80 % der Bevölkerung. Während – so habe ich es einmal gehört – Gott im Westen vielfach aus dem Herzen geschwunden sei, sei er im Osten auch aus dem Kopf entwichen. Viele wissen schon mit dem Begriff „Gott“ nichts mehr anzufangen. Eine interessante These besagt sogar, dass man im Osten stolz darauf sei, damit „rationaler“ und „fortschrittlicher“ als die Westdeutschen zu sein, und dass man sich dieses Charakteristikum der eigenen Identität nicht auch noch rauben lasse. Viele – so Tiefensee – halten es für „müßig und irrelevant“, sich solchen Themen wie „Gott“ oder „ein Leben nach dem Tod“ überhaupt zu stellen. Sie gestalten ihr Leben pragmatisch und sehen sich darin durch ein vorwiegend wissenschaftsgläubiges Weltbild bestätigt. Ethik scheint auch ohne Religion möglich zu sein; ein genereller Werteverfall ist

nicht auszumachen. Andererseits gibt es durchaus einige, die zum Christentum finden und sich – was vor 1989 fast nicht vorkam – taufen lassen.

Äußerlich betrachtet war es im Laufe weniger Jahre der katholischen Kirche in unserer Region dank der finanziellen Unterstützung durch westdeutsche Partner möglich, ihre Kirchen sowie Pfarr- und Gemeindehäuser umfassend zu sanieren und zu modernisieren. Neue seelsorgliche Aufgaben kamen hinzu: z.B. bei der Bundeswehr, der Polizei, in Justizvollzugsanstalten oder Krankenhäusern. Einige soziale Einrichtungen wurden von der Caritas noch zusätzlich zu den schon vorhandenen übernommen. Außerdem hat mein Vorgänger – Bischof Leo Nowak – schon bald drei katholische Gymnasien (Magdeburg, Halle, Dessau) errichtet. Später folgten noch vier Grundschulen (Magdeburg, Halle, Oschersleben, Haldensleben) und eine Sekundarschule (Halle). 1994 schließlich – und das war mit die bedeutendste Weichenstellung für uns Katholiken – ist aus dem zuvor Bischöflichen Amt Magdeburg, das territorial wenigstens bis dahin noch zum Erzbistum Paderborn gehört hatte, ein eigenständiges Bistum geworden.

Andererseits tauchten auf einmal manche sonderbaren Verdächtigungen und Klischees auf, die die evangelisch-katholischen Beziehungen zeitweise belasteten. So wurde die sogenannte Wende von einigen als „protestantische Revolution“ vereinnahmt und den Katholiken vorgeworfen, als „Trittbrettfahrer“ dieser Entwicklung gezielt die Gunst der Stunde zu nutzen und überproportional stark in politische Ämter vorzudringen.¹ Spannungen kamen auf, weil die katholische Kirche mehr der CDU verbunden und auf die neuen Verhältnisse positiver einzugehen schien, als die evangelische Seite, deren führende Köpfe mehr in der SPD oder im Bündnis 90 beheimatet waren und den Eindruck erweckten, als könnten sie sich mit dem neuen Staats- und Wirtschaftssystem nicht vollständig anfreunden. Hinzu kam die strukturelle Einbindung der östlichen Kirchengebilde in die ihrer Konfession entsprechenden Institutionen der alten Bundesrepublik – wie „Evangelische Kirche in Deutschland“ bzw. „Deutsche Bischofskonferenz“ – mit deren Interessen und Strategien sowie damit verbundene neue rechtliche, politische und finanzielle Vorgaben. Dies hat zweifellos zu einer gewissen Rekonfessionalisierung geführt. Gelegentlich waren auch

¹ Vgl. S. Kranich, 1989/90: Protestantische Revolution?, in: K. Tanner (Hg.), Konstruktion von Geschichte. Jubelrede-Predigt-Protestantische Historiographie (LStRLO 18), Leipzig 2012, 347-361.

infolge des Versuchs katholischer Laienverbände, in Ostdeutschland Fuß zu fassen, und des Zuzugs westdeutscher Katholiken, die in Politik und Verwaltung Verantwortung übernahmen, wieder historisch geprägte, aber anachronistisch anmutende Vorbehalte zu hören, so wenn beispielsweise befürchtet wurde, dass „lutherisches Land“ nunmehr von der katholischen Gegenreformation überrollt werde.² Erfreulicherweise haben sich solche Irritationen aber nicht zu lange gehalten und die ökumenischen Beziehungen sich wieder stabilisiert beziehungsweise sogar noch verbessert.

Schon bald erschien besonders Ostdeutschen die errungene Freiheit „grauer als der Traum von ihr“. Vielleicht hatten manche so etwas wie ein Schlaraffenland oder ein Paradies erwartet, vielleicht aber auch nur ein möglichst sorgenfreies Leben mit einem geregelten Einkommen und einer abgesicherten Zukunft. Stattdessen war fast alles komplizierter geworden. Das Leben in einer freiheitlichen Gesellschaft – so erfuhr man – birgt viele Risiken in sich, ist anstrengend und erfordert immer wieder Mut und Elan. Da wird kaum jemandem etwas in den Schoß gelegt. Freiheit ist durchaus nicht grenzenlos. Auch in einer pluralistischen Gesellschaft gibt es Regeln und Anordnungen, Gebote und Verbote: „vom TÜV bis zur Steuererklärung und zu den Bestimmungen der Müllsortierung“ (Karl Lehmann). Man kann nicht alles machen, was man will. Vor allem da, wo der Freiheitsraum der anderen beginnt, ist Respekt vonnöten. Freiheit kann sogar sehr anstrengend und belastend sein. Unweigerlich gehört nämlich auch dazu, sich andauernd entscheiden zu müssen und selber aktiv zu werden. Viele sind überfordert und weichen Entscheidungen aus. Manche klammern sich aus Angst vor der Freiheit krampfhaft an vergangene Verhältnisse oder suchen Halt in fundamentalistischen Bewegungen, politisch wie kirchlich. Freiheit muss gestaltet werden. Und da steht – was unsere jüngste Geschichte betrifft – gewissermaßen – wie Christian Führer es einmal formuliert hat – „der zweite Teil der Revolution“ noch aus. Neue Verhältnisse allein machen noch keinen neuen Menschen; denn niemand von uns ist nur – wie Marxisten behaupten – „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“.

Manche Krisen der letzten Zeit zeigen, wohin es führt, wenn Freiheit missbraucht wird, um nur noch den eigenen Vorteil zu verfolgen. Dann wird eine Gesellschaft

² Vgl. G. Feige/ U. Kühn (Hg.), Wege der Kirchen im Umbruch der Gesellschaft. Eine ökumenische Bilanz, Leipzig 1998.

selbstsüchtig und gnadenlos. Deshalb gilt es, sich verstärkt auf Werte zu besinnen, die lebensnotwendig zur Freiheit dazu gehören: die unbedingte Achtung vor der Würde jedes Menschen, Wahrheit und Gerechtigkeit, Verantwortung und Solidarität, ja auch Barmherzigkeit und Liebe. Wenn eine Gesellschaft solche Haltungen vernachlässigt, kann die Freiheit, die sie gewonnen hat, sich auch gegen sie richten. In diesem Sinn hat auch John F. Kennedy, jener berühmte Präsident der USA, der später ermordet wurde, 1960 in seiner Antrittsrede nachdrücklich seinen Landsleuten entgegengehalten: „Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann, fragt vielmehr, was ihr für euer Land tun könnt.“ Auch das gehört zur Freiheit: nicht die Hände in den Schoß zu legen und alles von anderen zu erwarten, von einem Obrigkeits- und Versorgungsstaat oder auch von der sogenannten Amtskirche, sondern selbst Verantwortung zu übernehmen. Wir sind nicht nur *von* etwas befreit worden, sondern auch *für* etwas. Verantwortlich mit der Freiheit umzugehen, bedeutet auch manchmal, auf etwas bewusst zu verzichten. „Ohne Maß“ – sagt Wolfgang Schäuble – „ist die Freiheit ein Ruin“. Das aber ist kaum vermittelbar, jedoch in vielem fast überlebensnotwendig.

Was bewegt mich in diesen Tagen, 30 Jahr nach dem Mauerfall? Meine Gefühle sind gemischt. Zum einen bin ich noch immer vor allem sehr dankbar. Zugleich weiß ich darum, dass dramatische Entwicklungen hinter uns liegen, mit großartigen Erfolgen, aber auch maßlosen Enttäuschungen. Einerseits ist selbstverständlich zusammengewachsen, was willkürlich getrennt war, halten sich Solidarität und gegenseitiges Interesse; andererseits bleibt manches kritisch anzufragen, existieren nach wie vor Mauern in den Köpfen und Herzen vieler Menschen, gelingt es zwischen Ost und West nicht immer, sich wirklich zu verstehen oder verständlich zu machen. Noch immer sind manche Unterschiede – vor allem bei den Gehältern – zu groß, sollen in entscheidenden Bereichen über drei Viertel der Führungspositionen im Osten durch Westdeutsche besetzt sein, haben sich objektive Lebensverhältnisse als auch Einstellungen gegenüber Politik und Gesellschaft noch nicht vollständig angenähert. Zudem fühlen sich viele Ostdeutsche weiterhin benachteiligt und ungerecht behandelt, sind unter ihnen rassistische, islamophobe, antisemitische und andere fremdenfeindliche Einstellungen stärker ausgeprägt als im Westen. Und auch in der Generation derer, die bereits im geeinten Deutschland geboren und aufgewachsen sind, zeigen sich immer noch – vor allem bedingt durch die Weitergabe der unterschiedlichen

Wendeerfahrungen ihrer Eltern – Ost-West-Unterschiede in der Sicht auf die Vergangenheit und in der Einstellung zur Gegenwart.

Angesichts solcher Beobachtungen wundert es kaum, wenn in Deutschland so etwas wie ein „Gespenst der ‚Ostalgie‘“³ umgeht. Mit jedem Jahr des Abstands erscheint die DDR manchen schöner, sozialer und sicherer als die heutige Gesellschaft, vor allem Älteren, die sich zu den Verlierern zählen, oder Jüngeren, die sie nicht mehr erlebt haben. Da es in der Gegenwart durchaus ernsthafte Probleme gibt, flüchtet man sich in eine angeblich heile Vergangenheit. Um unsere Situation realistischer und gerechter einzuschätzen, empfehle ich, sich zum Beispiel mal Fotos von denselben Gebäuden oder Straßen aus der Zeit vor 1989 und von heute anzusehen. Die Erkenntnis, wann es grauer und trostloser war oder ist, dürfte eindeutig sein. Noch überzeugender ist sicherlich die Konfrontation mit früheren Stasi-Gefängnissen. Dass viele inmitten der Beschränkungen auch würdevoll ihr Leben gemeistert haben und herzlich einander verbunden waren, bestreite ich nicht. Dennoch erscheint mir die DDR, je mehr ich mich von ihr entferne, immer unglaublicher, makabrer und lächerlicher, vor allem, wie da jahrzehntelang im Namen der marxistisch-leninistischen Ideologie mit Menschen umgegangen worden ist. Nicht einen einzigen Augenblick lang wünsche ich mir die sozialistische „Diktatur des Proletariates“ mit ihrem Versuch der „Zwangsbeglückung“, ihrer Scheindemokratie und ihrem Spitzelsystem zurück.

Zugleich mache ich mir aber auch um den Fortbestand unserer freiheitlichen Gesellschaft beträchtliche Sorgen. Die Demokratie hat sich bewährt, ist ein kostbares Gut, kann aber auch missverstanden und missbraucht werden. Manche Bürgerinnen und Bürger fühlen sich überfordert oder durch Behörden ungerecht behandelt. Es fällt ihnen schwer zu verstehen, dass man mitunter aus rechtlicher Sicht sehr extreme Meinungen noch duldet, anderes aber verbietet. Sie fühlen sich nicht ernstgenommen oder glauben nicht, etwas verändern zu können. Andere wiederum nutzen ihre Möglichkeiten schamlos aus und bedienen sich selbst. Außerdem gibt es auch solche, die mit demokratischen oder kriminellen Mitteln versuchen, unsere Demokratie zu untergraben und zu Fall zu bringen. Nicht jeder, der demokratisch gewählt wird, ist ein Demokrat. Zugleich tun sich auf einmal menschliche Abgründe auf, die ich nicht mehr für möglich gehalten hätte. War mir bis vor einiger Zeit unverständlich, wie es

³ Stefan Wolle, Leiter des Berliner DDR-Museums.

zur Begeisterung breiter Volksmassen für den Nationalsozialismus kommen konnte, ahne ich inzwischen immer mehr, wie verführerisch Menschen zu allen Zeiten sein können. Angesichts dessen sollte nicht vergessen werden, dass die erste parlamentarische Demokratie in Deutschland – die Weimarer Republik – vor 86 Jahren darin endete. In diesem Zusammenhang finde ich bedenkenswert, was Pater Dartmann, ein Jesuit, angesichts der Auseinandersetzungen um die Flüchtlinge einmal treffend so formulierte: „Ich habe keine Angst vor einer Überfremdung von außen, wohl aber vor einer Entmenschlichung von innen.“ Keinesfalls dürfen die rechtlichen, sozialen und humanitären Errungenschaften unserer Gesellschaft aufs Spiel gesetzt werden. Entgegen allen fremdenfeindlichen und rassistischen, antisemitischen und rechtsextremistischen Tendenzen, allen populistischen Feindbildern und Verschwörungstheorien, allen hasserfüllten Protesten und gewalttätigen Übergriffen, die seit einiger Zeit zu verzeichnen sind, brauchen wir mehr denn je noch stärkere politische Bemühungen, die konsequente Anwendung des staatlichen Gewaltmonopols, eine solidarische Zivilgesellschaft und eine neue Kultur der Mitmenschlichkeit. In diesem Sinn sollten alle Menschen guten Willens noch entschlossener für Solidarität, Weltoffenheit und ein friedliches Miteinander eintreten.